»Die Gesinnungsschnüffelei muss endlich aufhören«

Betroffene fordern Aufarbeitung der Berufsverbc im Zuge des Radikalenerlasses von 1972. Ein Gespräch mit Klaus Lipps

Interview: Susan Bonath



Foto: Sebastian Kahnert/dpa-Bildfunk

Ihre Gruppe fordert die Aufarbeitung der Berufsverbote in Baden-Württemberg, die im Rahme des sogenannten Radikalenerlasses von 1972 verhängt wurden. Sie haben dafür eine Kampag gestartet. Was erwarten Sie?

Wir erwarten, dass die grün-rote Mehrheit in Baden-Württemberg dieses elende Kapitel abschließt. Hunderte wurden damals als Verfassungsfeinde diffamiert und hatten viele Jahre große berufliche Nachteile. Für dieses Unrecht müssen sich die Verantwortlichen bei uns Betroffenen entschuldigen u uns politisch rehabilitieren. Für jene, die in materielle Not geraten waren, verlangen wir eine Entschädigung. Zudem wollen wir, dass der Verfassungsschutz aufgelöst wird. Er spielte eine zentrale Rolle dabei.

Was haben Sie bisher unternommen?

Vor gut zwei Jahren baten wir die Landesregierung schon einmal um Aufarbeitung. Wir hatten gewiss Hoffnungen in die neue Landesregierung aus SPD und Grünen gesetzt. Ministerpräsident Winfried Kretschmann war damals selbst betroffen. Aber wir wurden enttäuscht. Von fünf Schreiben hat Kretschmann nur eins beantwortet. Sinngemäß teilte er mit, aufgrund fehlender Akten sei es nicht möglich, die Fälle aufzuarbeiten. Auf unser Angebot, ihm Unterlagen von Betroffenen zur Verfügung z stellen, reagierte er nicht mehr. Ende 2014 berichtete die *Stuttgarter Zeitung* zudem, dass im Hauptа 2.000 Akten zum Thema »politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes« gelagert seien. Eine davon betreffe Kretschmann selbst. Jetzt wollen wir Druck machen. Nach Konferenzen, Aktionen, Petitionen und einem offenen Brief haben wir rund 200 Betroffene dazu aufgerufen, Abgeordnete zu Stellungnahmen zu veranlassen. Die Berufsverbote dürfen nicht länger totgeschwieg werden.

Sie verweisen auf »Rückenwind aus Hannover«. Was ist in Niedersachsen passiert?

Dort haben Betroffene die Abgeordneten so lange immer wieder angesprochen, bis der Landtag vor etwa einem Jahr einen Ausschuss eingesetzt hat.

In Ihrem Brief machen Sie deutlich, dass an der Praxis der Berufsverbote in Teilen bis heute festgehalten wird. Inwiefern?

Der alte Radikalenerlass von 1972 ist zwar außer Kraft. In den 90er Jahren wurde zudem die Regelanf abgeschafft. Mit dieser wurde über Bewerber und Angehörige des öffentlichen Dienstes Auskunft bei Verfassungsschutz eingeholt. Lagen Erkenntnisse etwa über eine Mitgliedschaft bei einer linken Organisation vor, wurden die Leute regelrechten Verhören unterzogen, gegebenenfalls nicht eingeste oder entlassen. Was in Baden-Württemberg fortbesteht, sind »Belehrungen und Erklärungen«, die all Bewerbern unter Berufung auf einen Beschluss der Landesregierung von 1973 vorgelegt werden. Daz kommen Richtlinien im Beamtenrecht, die dem Verfassungsschutz die Deutungshoheit überlassen, v Beamte politisch zu denken haben. Aktuell plant das Innenministerium, Polizeibewerbern eine »beispielhafte« Liste von Organisationen vorzulegen, die als verfassungsfeindlich gelten.

Gibt es jüngere Beispiele für politische Berufsverbote?

Der zuletzt bekanntgewordene Fall in Baden-Württemberg ist Michael Czaszóczy. Er bewarb sich 200 Realschullehrer. Der Verfassungsschutz wurde eingeschaltet, weil er in der Roten Hilfe und einer and antifaschistischen Organisation aktiv war. Er wurde abgelehnt, klagte aber dagegen. Das Land musst drei Jahre später einstellen und entschädigen. Seitdem wird er offenbar verschärft überwacht.

Was ist Ihnen besonders wichtig?

Das Thema »Berufsverbote« muss in der Öffentlichkeit bleiben und Gesinnungsschnüffelei endlich aufhören. Wenn jemandem Straftaten oder tatsächliche Aktivitäten gegen das Grundgesetz nachgew werden, beispielsweise in einer neofaschistischen Gruppe, kann man im Einzelfall reagieren. Als Betroffenen geht es uns vor allem um politische Rehabilitation. Wir würden gerne etwas erreichen, b

es für viele zu spät ist.

Auf Facebook teilen

Gefällt mir Tweet Share

Zu Ihren jW-Lesezeichen hinzufügen: Speichern

Lesen und lesen lassen

Lesetip abgeben

Ausdrucken

Versenden

Leserbrief schreiben

Infos und Verweise zu diesem Artikel:

Ähnliche | Regio **Ähnliche:**

Aktionskonferenz gegen Berufsverbote (29.05.2013)

Dominik Rigolls Buch über westdeutschen Staatsschutz (05.08.2013) Dominik Rigolls Buch über den westdeutschen Staatsschutz.

Berufsverbote und kein Ende (16.12.2014) GEW und VVN/BdA erinnern an die Auswirkungen des Radikalenerlasses. Konsequenzen bis heute

Mehr aus: **Inland**

Trommeln für Massenüberwachung

Nach Terroranschlägen: Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung im Gespräch

Geheimnisverrat oder nicht

Ehemaliger BKA-Präsident Ziercke musste im Edathy-Untersuchungsausschuss aussagen

Verwirrung um braunen »Gedenkmarsch«

Magdeburg: Neonazis wollen schon am Freitag abend »trauern«. Polizei hält Route geheim

Susan Bonath

Willkür, um den Schein zu wahren

Flüchtlingsorganisationen fordern von Bundesregierung Abkehr vom sogenannten Dublin-Verfahren. Europa brauche solidarisches Asylsystem

Claudia Wrobel

Discounter-Opfer Landwirt

Kritischer Agrarbericht: Bündnis wendet sich gegen Preiskampf auf dem Rücken der Bauern. Neuausrichtung der Förderpolitik gefordert

Jana Frielinghaus

Nächster Angriff auf Mindestlohn

Bundestagsfraktion von CDU und CSU will Dokumentationspflicht für Arbeitszeiten lockern. DGB widerspricht

Ralf Wurzbacher

Seitenanfang

RUBRIKEN

Titel Schwerpunkt Ansichten Inland Ausland Kapital & Arbeit Thema Feuilleton Sport Abgeschrieben Leserbriefe Politisches Buch Betrieb & Gewerkschaft Antifa Medien Feminismus Geschichte Beilagen Wochenende Presse global

ARCHIV

Thema Dossiers Serien Fotoreportagen Textreportagen Interviews Zitate Regio Blog-Archiv Suche

SERVICE

Anzeigen Abo-Service Probeabo Kiosk Newsletter RSS-Feed Terminkalender Shop AGB Kontakt Hilfe

UNTERSTÜTZEN

Über uns Abonnieren Genossenschaft Aktion Werbemittel Spenden

PROJEKTE

Ladengalerie Fotowettbewerb Rosa-Luxemburg-Konferenz Melodie&Rhythmus Bibliothek des Widerstands Buchmesse Havanna